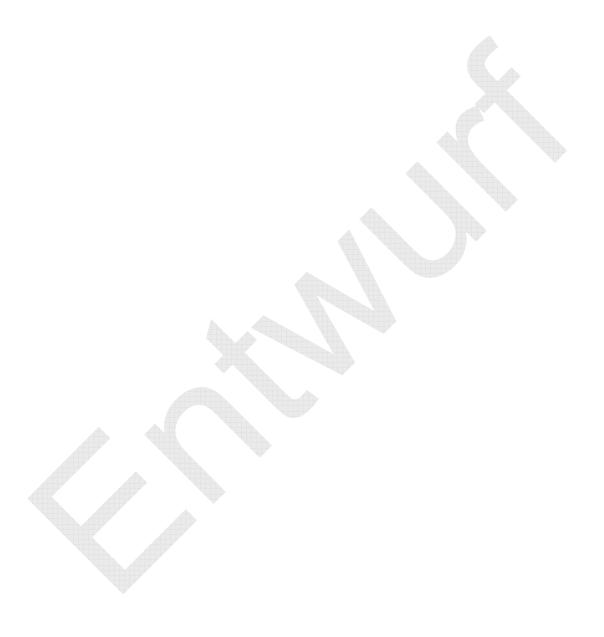


Empfehlung zum Einvernehmen zu den Elternbeiträgen

Beschlossen durch den Jugendhilfeausschuss am XX.XX.2021



Stadtverwaltung Cottbus Jugendamt Servicebereich Kindertagesbetreuung Karl-Marx-Straße 67 03044 Cottbus/Chóśebuz

Inhaltsverzeichnis:

Anlag	genver	zeichnis:	. 3				
Anlag	ge 1:	Elternbeitragstabelle – Altersstufe 0 bis 3 Jahre (Krippe)	. 3				
1.	Grundlagen dieser Empfehlung zum Einvernehmen zu den Elternbeiträgen						
2.	Erfor	dernis der Herstellung des Einvernehmens	. 4				
3.	Verfa	hren zur Herstellung des Einvernehmens	. 5				
	3.1.	Folgen eines fehlenden Einvernehmens	. 5				
4.	Grun	dsätze der Höhe und Staffelung der Elternbeiträge zur Erteilung des Einvernehmens	. 6				
	4.1.	Allgemeines zu den Grundsätzen der Höhe der Elternbeiträge	. 6				
	4.2.	Allgemeines zu den Grundsätzen der sozialverträglichen Staffelung der Elternbeiträge	. 6				
5.	Empt	ehlungen der Stadt Cottbus/Chóśebuz zur Erarbeitung einer Elternbeitragsordnung	. 7				
	5.1.	Empfehlungen zur Gestaltung und Erhebung der Elternbeiträge	. 7				
	5.2.	Empfehlungen zur Gestaltung einer Elternbeitragsordnung	. 9				
6	Besc	hluss	11				

Anlagenverzeichnis:

Anlage 1: Elternbeitragstabelle – Altersstufe 0 bis 3 Jahre (Krippe) Elternbeitragstabelle – Altersstufe 3 Jahre bis Schuleintritt (Kindergarten) Elternbeitragstabelle – Altersstufe Grundschulalter (Hort)

Anlage 2: Empfehlungen zur Gestaltung einer Elternbeitragsordnung (Textteil)

1. Grundlagen dieser Empfehlung zum Einvernehmen zu den Elternbeiträgen

Diese Empfehlung zum Einvernehmen zu den Elternbeiträgen wurde auf der Grundlage folgender Rechtsnormen erarbeitet:

- § 90 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe) in der Fassung und Bekanntmachung vom 11.09.2012 (BGBI. I S. 2022), in der aktuell gültigen Fassung,
- Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung Gute-Kita-Gesetz vom 31.12.2018 (BGBI. I S. 2696)
- Kindertagesstättengesetz des Landes Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung des Zweiten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches des Sozialgesetzbuches - Kinder- und Jugendhilfe - Kindertagesstättengesetz (KitaG) vom 27.06.2004 (GVBI. I S. 384), in der aktuell gültigen Fassung
- Kita-Beitragsbefreiungsverordnung (KitaBBV) des Landes Brandenburg vom 16.08.2019 (GVBI. II/19, Nr.61), in der aktuell gültigen Fassung

Zur weiteren Orientierung dienten:

- Kommentar zu § 17 KitaG des Landes Brandenburg, Diskowski/Wilms,
- durch den Rechtsanwalt Dr. Christoph Baum im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg erarbeiteten "Grundsätze der Höhe und Staffelung der Elternbeiträge gemäß § 17 KitaG"
- das "Kompendium Kita-Beiträge im Land Brandenburg", welches durch die "Arbeitsgruppe zur besseren Orientierung rund um § 17 KitaG (AG 17)" herausgegeben wurde

2. Erfordernis der Herstellung des Einvernehmens

Neben den Zuschüssen der Gemeinde und des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe und den Eigenleistungen des Trägers der Kindertageseinrichtung/en sind die Kosten der Kindestagesstätte/n gemäß § 16 Absatz 1 Satz 1 KitaG durch Elternbeiträge zu decken. Maßgabe der Erhebung und Festsetzung dieser Kostenbeiträge bildet § 90 Absatz 1 Nr. 3 SGB VIII auf Bundesebene in Verbindung mit § 17 Absatz 3 Satz 1 KitaG auf Ebene des Landes Brandenburg.

Die Beiträge zu den Betriebskosten sind durch den Einrichtungsträger in Form einer Beitragsordnung zu erheben und festzusetzen. Über die Grundsätze der Höhe und der sozialverträglichen Staffelung zu den vom Träger zu erhebenden Elternbeiträgen ist mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe, dem Jugendamt der Stadt Cottbus/Chósebuz, gemäß § 17 Absatz 3 Satz 2 KitaG das Einvernehmen herzustellen. Dies stellt eine formell-rechtliche Voraussetzung für die Wirksamkeit der Beitragsordnung des Einrichtungsträgers dar.

Die vorliegende Empfehlung zum Einvernehmen zu den Elternbeiträgen der Stadt Cottbus/Chóśebuz soll den Träger bei der Erarbeitung einer Beitragsordnung unterstützen, das Verfahren der Herstellung des Einvernehmens näher beleuchten und die entsprechenden Prüfkriterien nach den Grundsätzen der Höhe und Staffelung aufzeigen. Ziel ist es, den Verwaltungsaufwand für alle Beteiligten so gering wie möglich zu halten und eine schnelle Einigung im Hinblick auf die Herstellung des Einvernehmens zwischen dem Einrichtungsträger und der Stadt Cottbus/Chóśebuz als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe zu ermöglichen.

3. Verfahren zur Herstellung des Einvernehmens

Durch den Träger von Kindertageseinrichtungen ist nach Erarbeitung und vor Inkrafttreten einer neuen Elternbeitragsordnung ein formloser Antrag zur Herstellung des Einvernehmens an das Jugendamt der Stadt Cottbus/Chóśebuz zu richten.

Diesem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen:

- die Elternbeitragsordnung als Textteil an sich und
- die dazugehörigen erarbeiteten Elternbeitragstabellen

Um eine ordnungsgemäße Prüfung der Unterlagen durch das Jugendamt zu ermöglichen, ist das rechtzeitige Einreichen des Antrags zur Herstellung des Einvernehmens notwendig. Dies kann in etwa ab sechs Monaten vor Inkrafttreten der neu erarbeiteten Beitragsordnung erfolgen. Entspricht die vom Einrichtungsträger eingereichte Beitragsordnung den vom Jugendhilfeausschuss beschlossenen Grundsätzen der Höhe und Staffelung der Elternbeiträge, hat er einen Anspruch auf die Erteilung des Einvernehmens nach Maßgabe des § 17 Absatz 3 Satz 2 KitaG durch die Stadt Cottbus/Chóśebuz. Eine rückwirkende Herstellung des Einvernehmens ist nicht möglich. Maßgeblich ist der Posteingang des vollständigen Antrages im Jugendamt.

Nach erfolgreicher Prüfung des Antrags zur Herstellung des Einvernehmens ergeht durch das Jugendamt der Stadt Cottbus/Chóśebuz als örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe ein Bescheid über die Erteilung des Einvernehmens.

Ergeben sich bei der Prüfung der Grundsätze der Höhe und Staffelung der Elternbeiträge Gründe für die Versagung des Einvernehmens, werden dem Träger diese mitgeteilt und die Möglichkeit der Nachbesserung gegeben. Sollte zwischen dem Einrichtungsträger und dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe keine Einigung zur vorgelegten Elternbeitragsordnung erzielt werden, ergeht ein ablehnender Bescheid durch das Jugendamt der Stadt Cottbus/Chósebuz. Dieser Fall ist dann gegeben, wenn aus Sicht der Stadt Cottbus/Chósebuz ein Verstoß gegen die rechtlichen Grundlagen vorliegt.

Das Einvernehmen wird ohne eine zeitliche Befristung erteilt. Die rechtlich verbindliche Feststellung des Jugendamtes der Stadt Cottbus/Chósebuz über die vom Träger vorgelegten Elternbeiträge bezieht sich nur auf die Sach- und Rechtslage zum Zeitpunkt der Einvernehmensherstellung. Erfolgt nach der Erteilung des Einvernehmens eine Änderung der Sach- und Rechtslage, dass das Einvernehmen nicht weiter als hergestellt gilt und die bestehende Beitragsordnung keine Rechtmäßigkeit mehr aufweist, ist durch den Träger der Kindertagesstätte eine Änderung der Beitragsordnung vorzunehmen und dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe zur Erteilung des Einvernehmens vorzulegen.

3.1. Folgen eines fehlenden Einvernehmens

Erhält ein Träger von Kindertagesstätten die Ablehnung des Einvernehmens zu seiner eingereichten Elternbeitragsordnung und erhebt dennoch auf deren Grundlage Elternbeiträge, verstößt er gegen die Vorschriften des KitaG. Dies ist der Fall, wenn ein Einrichtungsträger Elternbeiträge erhebt, die nicht dem gelten Recht entsprechen. Die Erhebung sozialverträglicher Elternbeiträge ist eine im KitaG verankerte Voraussetzung für das Betreiben einer Kindertagesstätte. Einrichtungen, die nicht die Voraussetzungen des KitaG erfüllen oder grundsätzlich nicht allen Kindern offenstehen, können gemäß § 16 Absatz 1 Satz 4 KitaG von der Finanzierung ganz oder teilweise ausgeschlossen werden. In diesem Fall behält sich die Stadt Cottbus/Chóśebuz die Entscheidung entsprechend der Einzelfallprüfung vor.

Gleiches gilt für Träger, die im Zusammenhang einer Neueröffnung oder einer Übernahme einer Einrichtung keinen Antrag zur Herstellung des Einvernehmens im Jugendamt der Stadt Cottbus/Chósebuz einreichen.

4. Grundsätze der Höhe und Staffelung der Elternbeiträge zur Erteilung des Einvernehmens

Grundlage Die Herstellung des Einvernehmens erfolat auf der § 17 Absatz 3 Satz 2 KitaG über die Grundsätze der Höhe und Staffelung der Elternbeiträge. Diese Kostenbeiträge zu den Betriebskosten einer Einrichtung § 17 Absatz 2 Satz 1 KitaG sozialverträglich zu gestalten, was bedeutet, dass der Elternbeitrag in einem angemessenen Verhältnis zu dem in Anspruch genommenen Betreuungsangebot stehen muss. Weiterhin ist sicherzustellen, dass das Betreuungsangebot für jedermann bezahlbar ist und keinem Kind aus finanziellen Gründen der Besuch einer Kindertageseinrichtung verwehrt wird.

4.1. Allgemeines zu den Grundsätzen der Höhe der Elternbeiträge

Ein Grundsatz der Höhe ist die Festsetzung des *Höchstbeitrages*. Dieser ist vom Träger durch die Kalkulation der Platzkosten gemäß § 17 Absatz 2 Satz 2 KitaG zu ermitteln. Demnach ist von der Gesamtsumme der Betriebskosten im Sinne des § 1 Kindertagesstätten-Betriebskosten- und Nachweisverordnung (KitaBKNV) der Zuschuss, welcher gemäß § 16 Absatz 2 KitaG durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe gewährt wird in Abzug zu bringen. Dem allgemeinen gebührenrechtlichen Äquivalenzprinzip und dem Grundsatz der Abgabengerechtigkeit ist bei der Höchstbeitragserhebung besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Gemäß § 17 Absatz 2 Satz 3 KitaG darf der höchste Elternbeitrag die anteilig auf einen Betreuungsplatz entfallenden rechnerischen Betriebskosten eines Einrichtungsträgers in der Gemeinde nicht überschreiten.

Die Gestaltung der *Einkommensgrenze* ist ebenso ein Bestandteil der Grundsätze der Höhe des Elternbeitrages. Das betrifft besonders die unterste Einkommensgrenze, ab welcher die Staffelung der Elternbeiträge einsetzt. Diese ist nunmehr nach § 2 Absatz 1 Satz 3 KitaBBV durch das Land Brandenburg auf ein Jahresnettoeinkommen in Höhe von 20.000 € festgesetzt. Die Festsetzung eines Elternbeitrages gegenüber diesen sogenannten Geringverdienern ist demzufolge nicht zumutbar, was eine Erhebung des Elternbeitrages unterhalb dieser Einkommensgrenze ausschließt.

4.2. Allgemeines zu den Grundsätzen der sozialverträglichen Staffelung der Elternbeiträge

Die Grundsätze der sozialverträglichen Staffelung der Elternbeiträge richten sich nach § 17 Absatz 2 Satz 1 KitaG. Demnach sind die Kostenbeiträge nach dem Elterneinkommen, der Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder und dem vertraglich vereinbarten Betreuungsumfang zu staffeln.

Bei der Staffelung nach dem *Elterneinkommen* sollte zunächst beachtet werden, dass es sich hier um das Einkommen der Eltern handelt, unabhängig von der Frage, wer Inhaber der Personensorge gegenüber dem Kind ist. Besonders wichtig ist die Abgrenzung zu den Beitragsschuldnern, die nach § 17 Absatz 1 Satz 1 KitaG ganz klar als Personensorgeberechtige definiert sind.

Die Staffelung nach dem Einkommen der Eltern ist nach dem Gebot der Sozialverträglichkeit und dem Grundsatz der Abgabengerechtigkeit zu gestalten. Die Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf die Sozialverträglichkeit muss dabei stets gegeben sein. Eltern in geringeren Einkommensgruppen bzw. Eltern mit einem hohen Einkommen dürfen nicht unverhältnismäßig höher belastet werden als Eltern anderer Einkommensgruppen.

Ein weiteres Kriterium einer sozialverträglichen Erhebung von Elternbeiträgen ist die Staffelung nach der **Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder**. Damit soll im Sinne der staatlichen Schutzpflicht für Familien nach Artikel 6 Absatz 1 Grundgesetz (GG) gewährleistet werden, dass Familien bei Geburt von Geschwisterkindern entlastet werden, da die finanzielle Leistungsfähigkeit diesen Familien sinkt. Besonders wichtig ist hier, dass die Kostenbeiträge nach der Anzahl der unterhaltsberechtigten Kinder gemindert werden, nicht etwa nach der Geburtenreihenfolge oder der Anzahl der betreuten Kinder einer Familie in der Kindertagesstätte.

Die Staffelung nach dem *vertraglich vereinbarten Betreuungsumfang* ist das dritte Kriterium der sozialverträglichen Staffelung der Elternbeiträge nach § 17 Absatz 2 Satz 1 KitaG. Die zu erhebenden Kostenbeiträge des Einrichtungsträgers sind nach der Mindestbetreuungszeit und der verlängerten Betreuungszeit nach § 1 Absatz 3 KitaG zu staffeln. Auf die Empfehlungen der Stadt Cottbus/Chósebuz zur Staffelung der Elternbeiträge nach dem vertraglich vereinbarten Betreuungsumfang in Punkt 5.1 Buchstabe e) wird hingewiesen.

5. Empfehlungen der Stadt Cottbus/Chósebuz zur Erarbeitung einer Elternbeitragsordnung

5.1. Empfehlungen zur Gestaltung und Erhebung der Elternbeiträge

Die Stadt Cottbus/Chóśebuz hat im Rahmen der Empfehlung zum Einvernehmen zu den Elternbeiträgen Elternbeitragstabellen nach den gesetzlichen Vorgaben des Kindertagesstättengesetzes und unter Berücksichtigung der Grundsätze der Höhe und Staffelung von Elternbeiträgen erarbeitet (siehe Anlage 1). Diese sollen als Orientierung für die Erhebung ortsähnlicher Elternbeiträge dienen. Dazu sind folgende Erläuterungen aufgeführt:

a) Einstieg in die Elternbeitragsstaffelung

Der Einstieg in die Elternbeitragsstaffelung liegt gemäß § 2 Absatz 1 Satz 3 KitaBBV bei einem Jahresnettoeinkommen in Höhe von 20.000 € Ein Einstieg unterhalb dieser Einkommensgrenze ist nicht regelkonform. Bei der Festlegung der Elternbeiträge in diesem Bereich ist besonders auf die Sozialverträglichkeit dieser Elternbeiträge zu achten. Die Stadt Cottbus/Chóśebuz empfiehlt die Festlegung der in Anlage 1 angegebenen Elternbeiträge. Schon geringfügig höhere Elternbeiträge stellen eine enorme finanzielle Mehrbelastung von Familien mit Einkommen in diesem Bereich dar.

b) Festsetzung des Höchstbeitrages

Von den Platzkosten sind die durch die Stadt Cottbus/Chóśebuz (örtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe) gewährten Zuschüsse gemäß § 16 Absatz 2 KitaG in Abzug zu bringen. Der somit vom Träger ermittelte Höchstbeitrag bildet die Obergrenze und den Abschluss der Elternbeitragsstaffelung. Dieser ist der obersten Einkommensstufe gegenüber zu stellen und darf die Höchstplatzkosten nicht übersteigen. Damit ist im Sinne des § 15 Absatz 1 KitaG zu gewährleisten, dass der Elternbeitrag im Verhältnis zur erbrachten Leistung steht. Es wird empfohlen, die trägerspezifischen Höchstbeiträge in dem Bereich der grün gekennzeichneten Einkommensstufen der in Anlage 1 vorgeschlagenen Elternbeitragstabellen zu erheben. Die Festsetzung der Höchstbeiträge erfolgt in einer Einkommensstufe. Gemäß § 17 Absatz 2 Satz 3 KitaG ergibt sich die Einkommensobergrenze aus dem niedrigsten Höchstbeitrag der Kindertagesstätten des Einrichtungsträgers in der Stadt Cottbus/Chóśebuz in einer Altersstufe. Die

sich daraus ergebende Obergrenze kann auf alle Altersstufen angewendet werden.

c) Staffelung nach dem Elterneinkommen

Für die Berechnung des Elternbeitrags wird das Einkommen der Eltern zugrunde gelegt. Zur Erhebung der Elternbeiträge in den kommunalen Einrichtungen und der Kindertagespflege wendet die Stadt Cottbus/Chósebuz die Einkommensermittlung auf Grundlage des Jahresnettoeinkommens an. Dieses Verfahren empfiehlt sie ebenso den freien und privaten Trägern von Kindertagesstätten. Zudem basieren die Rechtsgrundlagen nach der KitaBBV auf dem Jahresnettoeinkommen.

Zur Anzahl der Staffelungsstufen und dem entsprechenden Differenzierungsgrad der Staffelung gibt es keine gesetzlichen Vorgaben. Jedoch kann die Staffelung mit nur wenigen Einkommensstufen das Kriterium der Sozialverträglichkeit kaum erfüllen. In diesem Fall wären die Stufensprünge sehr groß und ein geringfügig höheres Einkommen würde bereits zu einem deutlich höheren Elternbeitrag führen. Die Stadt Cottbus/Chóśebuz empfiehlt die Staffelung in 1.200 € Stufen (siehe Anlage 1).

d) Staffelung nach der Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder

Ein Kriterium der sozialverträglichen Gestaltung von Elternbeiträgen ist die Staffelung nach der Anzahl der unterhaltsberechtigten Kinder gemäß § 17 Absatz 2 Satz 1 KitaG. Der Elternbeitrag wird entsprechend der Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder der Eltern ermäßigt, für welche der Bezug von Kindergeld nachgewiesen werden kann. Folgende prozentuale Staffelung wird von Seiten der Stadt Cottbus/Chóśebuz empfohlen (siehe Anlage 1):

- 1. Für ein unterhaltsberechtigtes Kind wird der volle Elternbeitrag gemäß Elternbeitragstabelle (100 %) erhoben.
- 2. Für zwei unterhaltsberechtigte Kinder ergeht gegenüber Punkt 1 eine Ermäßigung von 20 % (80 % des Elternbeitrages nach Pkt. 1).
- 3. Ab drei unterhaltsberechtigten Kindern ergeht gegenüber Punkt 1 eine Ermäßigung von 40 % (60 % des Elternbeitrages nach Pkt. 1).
- 4. Für vier unterhaltsberechtigten Kindern ergeht gegenüber Punkt 1 eine Ermäßigung von 60 % (40 % des Elternbeitrages nach Pkt. 1).
- 5. Für fünf unterhaltsberechtigten Kindern ergeht gegenüber Punkt 1 eine Ermäßigung von 80 % (20 % des Elternbeitrages nach Pkt. 1).
- 6. Ab sechs unterhaltsberechtigten Kindern ergeht gegenüber Punkt 1 eine Ermäßigung von 100 %. Es wird kein Elternbeitrag erhoben.

Bei dieser Staffelung ist nach der Anzahl der unterhaltsberechtigten Kinder und nicht nach deren Geburtenreihenfolge zu differenzieren.

e) Staffelung nach dem vertraglich vereinbarten Betreuungsumfang

Die Stadt Cottbus/Chóśebuz empfiehlt, entsprechend § 1 Absatz 3 Satz 2 KitaG unter Beachtung der stundenweisen Gewährung der Betreuungszeit über die Mindestbetreuungszeit hinaus, die Staffelung der Elternbeiträge nachfolgenden Betreuungszeiten (siehe Anlage 1):

<u>Krippe</u>	<u>Kindergarten:</u>	<u>Hort:</u>
bis 6 Stunden	bis 6 Stunden	bis 4 Stunden
bis 7 Stunden	bis 7 Stunden	bis 5 Stunden
bis 8 Stunden	bis 8 Stunden	bis 6 Stunden
bis 9 Stunden	bis 9 Stunden	bis 7 Stunden
bis 10 Stunden	bis 10 Stunden	bis 8 Stunden

Der Höchstbeitrag der erweiterten Betreuungszeit ist dem höchsten Betreuungsumgang (10 Stunden täglich in Krippe und Kindergarten, 8 Stunden täglich im Hort)

gegenüberzustellen. Eine Staffelung zwischen den einzelnen Betreuungszeiten einer Altersstufe sollte ersichtlich sein.

5.2. Empfehlungen zur Gestaltung einer Elternbeitragsordnung

Neben den zu erarbeitenden Elternbeitragstabellen besteht eine Elternbeitragsordnung aus einem Textteil, welcher alle wichtigen Bestandteile zur Ermittlung der Elternbeiträge beinhalten soll. Dies sind in erster Linie die rechtlichen Vorgaben des § 90 SGB VIII sowie des KitaG des Landes Brandenburg und den dazugehörigen Verordnungen. Des Weiteren gibt die Stadt Cottbus/Chósebuz mit dieser Empfehlung zum Einvernehmen zu den Elternbeiträgen Hinweise für die mögliche Gestaltung einer Elternbeitragsordnung. Die Empfehlung zur Gestaltung des Textteils entspricht zu großen Teilen auch der Elternbeitragssatzung der kommunalen Einrichtungen und der Elternbeitragssatzung der Kindertagespflege der Stadt Cottbus/Chósebuz und ist in Anlage 2 dieser Empfehlung zum Einvernehmen zu den Elternbeiträgen ersichtlich. Im Folgenden werden einige Punkte der Empfehlung zum Textteil näher erläutert.

- a) Elternbeitragspfichtige (Punkt 2, Anlage 2)
 Nach § 17 Absatz 1 Satz 1 KitaG haben die Personensorgeberechtigten Beiträge zu den Betriebskosten einer Kindertagesstätte zu entrichten. Hier sollte der Träger kurz den entsprechenden Personenkreis erläutern.
- b) <u>Definition der Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder (Punkt 4 Absatz 2, Anlage 2)</u>
 Um den "Geschwisterbonus" bei der Erhebung von Elternbeiträgen gewähren zu können, ist eine Definition der Unterhaltsberechtigung der Kinder notwendig. Die Stadt Cottbus/Chóśebuz empfiehlt hier die Anlehnung an den Bezug von Kindergeld. Speziell bei Kindern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben oder es im laufenden Kita-Jahr vollenden werden, kann eine Unterhaltsberechtigung hinsichtlich des Kindergeldbezuges bei der Erhebung des Elternbeitrages einfacher beurteilt werden. Jedoch sollte hier auch beachtet werden, ob diese Kinder noch im Haushalt der Eltern leben oder gegebenenfalls eher bei der Minderung des Einkommens durch nachgewiesene Unterhaltszahlungen Beachtung finden. Wichtig ist hier eine Doppelberücksichtigung zu vermeiden.
- c) <u>Das Elterneinkommen als Berechnungsgrundlage</u> (*Punkt 4 Absatz 3, Anlage 2*) Zur Ermittlung des Elternbeitrages ist das beitragsrelevante Einkommen der Eltern des Kindes zu ermitteln. Ein genauer Einkommensbegriff wird rechtlich nicht definiert. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sollte sich dennoch in dem vom Einrichtungsträger gewählten Einkommensbegriff wiederspiegeln. Der Träger kann sich bei der Definition des zu ermittelnden Einkommens beispielsweise am Einkommenssteuerrecht oder am Sozialhilferecht orientieren.

In Anlehnung an die KitaBBV empfiehlt die Stadt Cottbus/Chóśebuz die Erhebung der Elternbeiträge nach dem Nettoeinkommen des vorangegangenen Kalenderjahres der Eltern. Hinsichtlich der Differenzierungsmöglichkeiten des Einkommensbegriffs wird auf Punkt 4 Absatz 3 ff. in Anlage 2 verwiesen. Dieser wird von der Stadt Cottbus/Chóśebuz zur Erhebung der Elternbeiträge in den Kindertagesstätten in kommunaler Trägerschaft und der Kindertagespflege angewandt und auf diesem Weg auch den Einrichtungsträgern empfohlen.

d) <u>Differenzierung Gastkinder und Besucherkinder (Punkt 4 Absatz 18, Anlage 2)</u> Es besteht die Möglichkeit, insofern freie Platzkapazitäten vorhanden sind, zeitlich begrenzt Kinder aus anderen Einrichtungen in eine Kindertagesstätte aufzunehmen. Hier ist zwischen Besucher- und Gastkindern¹ zu unterscheiden. Besucherkinder sind Kinder,

¹ Siehe Kompendium Kita-Beiträge im Land Brandenburg, S. 60/61

welche in Vertretung betreut werden, z.B. bei Urlaub, Schließzeit oder Krankheit oder auf Grundlage einer Kooperationsvereinbarung ein Betreuungsverhältnis mit einer anderen Kindertagesstätte in der Stadt Cottbus/Chóśebuz für kurze Zeit besteht. In diesen Fällen wird kein separater Elternbeitrag erhoben.

Anders als bei den Besucherkindern besteht bei Gastkindern keine Kooperationsvereinbarung oder kein regulärer Betreuungsvertrag mit dem Einrichtungsträger. Gastkinder werden ebenso zeitlich begrenzt, jedoch mittels Gastkindvertrag, z.B. während eines Krankhausaufenthaltes der personensorgeberechtigten Person oder während der Sommerferien, in die Einrichtung aufgenommen. In diesen Fällen wird auch ein gesonderter Elternbeitrag erhoben. Dieser ist wie folgt zu ermitteln:

- Bei der Erhebung der Tagessätze für die Betreuung von Gastkindern sind die Aufwendungen für die Betriebskosten vollumfänglich zu berücksichtigen. Der Träger der Kindertagesstätte erhält für diese Kinder keine Förderung durch den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe und die Gemeinde.
- Auf Grundlage dieses ermittelten monatlichen Höchstbetrags ist nun der entsprechende Tagessatz zu errechnen (wie anteilige Elternbeitragsberechnung: 20 Tage je Monat) und auf volle Euro abzurunden.
- Der Tagessatz ist differenziert für die jeweiligen Altersstufen (Krippe, Kindergarten, Hort) sowie für die Mindestbetreuungszeit (bis 6 Stunden bzw. bis 4 Stunden im Hort) und darüber hinaus (über 6 Stunden bzw. über 4 Stunden) zu ermitteln und in der Elternbeitragsordnung festzusetzen.
- e) Festsetzung des Elternbeitrages im Falle eines Wechselmodells (Punkt 5, Anlage 2)
 Lebt ein Kind im Wechsel bei beiden getrenntlebenden Eltern (Wechselmodell), empfiehlt sich bei der Festsetzung des Elternbeitrages wie folgt zu verfahren:
 Hinsichtlich der Frage des zu berücksichtigenden Einkommens ist gemäß § 17 Absatz 2 KitaG auf das Elterneinkommen abzustellen. Die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit führt dazu, dass nur das Einkommen berücksichtigt werden kann, das dem jeweiligen Beitragspflichtigen tatsächlich zur Verfügung steht. Die Festsetzung des Elternbeitrages erfolgt gegenüber den Personensorgeberechtigten separat und anteilig für die Zeit, in welcher das Kind bei ihnen lebt. In Fällen des Wechselmodells mit nur einem personensorgeberechtigten Elternteil ist diesem gegenüber der Elternbeitrag nach seinem Einkommen für den vollen Monat zu erheben, da die Elternbeitragsschuld nach § 17 Absatz 1 Satz 1 KitaG lediglich bei diesem Personensorgeberechtigten liegt.
- f) Erhebung des Elternbeitrages bei Heim- und Pflegekindern (Punkt 6 Absatz 1, Anlage 2) Für Kinder, die in Heimen, Pflegefamilien und welche, die in sonstigen Wohnformen untergebracht sind, übernimmt gemäß § 17 Absatz 1 Satz 3 KitaG der zuständige örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Elternbeiträge in Höhe des Durchschnitts der Elternbeiträge dieses Trägers. Die Mitteilung über die Festsetzung des Elternbeitrages bei diesen Kindern ist, wenn die örtliche Zuständigkeit beim Jugendamt der Stadt Cottbus/Chóśebuz liegt, direkt an den zuständigen Sachbearbeiter im Jugendamt zu übersenden.
- g) Befreiung von Elternbeiträgen (Punkt 8, Anlage 2)
 - Das am 19.12.2018 von der Bundesregierung beschlossene Gute-Kita-Gesetz wurde für die finanzielle Entlastung von Geringverdienern und Familien im Transferleistungsbezug auf den Weg gebracht. Die Rechtsnormen nach § 90 Absatz 4 SGB VIII i.V.m. § 2 Absatz 1 KitaBBV setzen die Regelungen des Gute-Kita-Gesetzes auf Bundes- und Landesebene um und bestimmen folgenden Personenkreis, dem die Zahlung von Elternbeiträgen nicht zuzumuten ist:
 - Eltern oder Kinder beziehen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II.

- Eltern oder Kinder beziehen Leistungen nach dem dritten oder vierten Kapitel des SGB XII.
- Eltern oder Kinder beziehen Leistungen nach den §§ 2 und 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG).
- die Eltern des Kindes erhalten Kinderzuschlag gemäß § 6a des Bundeskindergeldgesetzes (BKGG).
- Die Eltern des Kindes erhalten Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz (WoGG).

Die Stadt Cottbus/Chóśebuz empfiehlt, dass sich der Einrichtungsträger in diesen Fällen die Leistungsbescheide des aktuellen Kalenderjahres vorlegen lässt. Die Eltern sollten in diesem Fall eine Mitteilung über die Befreiung von der Elternbeitragszahlung durch den Träger erhalten.

Mit dem Gesetz zum Einstieg in die Elternbeitragsfreiheit – KitaG (§ 17 a KitaG) besuchen seit dem 01.08.2018 alle Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung (Vorschüler) die Einrichtung elternbeitragsfrei. Es wird empfohlen diese Regelungen in die Elternbeitragsordnung aufzunehmen.

<u>Übernahme des Elternbeitrages bei Heim- und Pflegekindern (Punkt 9, Anlage 2)</u>
Die Übernahme des Elternbeitrages in Höhe des Durchschnitts der Elternbeiträge des Trägers bei Betreuung von Kindern, welche in Heimen oder Vollzeitpflege nach den §§ 33 und 34 SGB VIII untergebracht sind, erfolgt durch den zuständigen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Einzelfälle müssen mit dem örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe geklärt werden.

6. Beschluss

Die Empfehlung zu den Elternbeiträgen der Stadt Cottbus/Chósebuz gemäß § 17 Absatz 3 KitaG des Landes Brandenburg wurde am XX.XX.2021 durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen und wird ab sofort durch das Jugendamt der Stadt Cottbus/Chósebuz zur Prüfung der Herstellung des Einvernehmens gegenüber den Trägern von Kindertagesstätten im Gebiet der Stadt Cottbus/Chósebuz angewandt.

Anlage 1 - Empfehlung zur Gestaltung von Elternbeiträgen

Altersstufe 0 bis 3 Jahre – Krippe:

Empfohlene Staffelung nach dem Jahresnettoeinkommen

Unterste Einkommensstufe nach KitaBBV

Geringe Steigerung der Elternbeiträge zur nächsten Stufe in diesem Bereich

Empfohlene Staffelung nach der Zahl der

elternbeitragsfrei

80 % des Elternbeitrages von 1 Kind

60 % des Elternbeitrages von 1 Kind

40 % des Elternbeitrages von 1 Kind

20 % des Elternbeitrages von 1 Kind

unterhaltsberechtigten Kinder:

100 %

1 Kind

2 Kinder

3 Kinder

4 Kinder

5 Kinder

ab 6 Kinder

1 Kind täglicher Betreuungsumfang Jahresnetto bis 6 h bis 7 h bis 9 h bis 10 h Elternbeitrag Elternbeitrag Elternbeitrag Elternbeitrag Elternbeitrag monatlich monatlich monatich monatlich monatlich unter 20.001,00 € 0€ 0€ 0€ 0€ 0€ 0€ 0€ | 0€ 0€ 33€ 28€ 31 € 31 € 33€ 36€ 36€ 38€ 38€ ab 20.001,00 € 36€ 30€ 31€ 33€ bis 34€ 35€ 38€ 41€ ab 21.900,00 € bis 32€ 34€ 35€ bis 37€ 37€ 39€ 40€ 42€ 44€ ab 23.100,00 € 40€ 35€ bis 40€ ab 24.300,00 € 50€ bis 52€ 53€ bis ab 25.500,00 € bis 58€ ab 26.700,00 € 59€ ab 27.900,00 € 65€ bis 69€ 69€ bis 72€ 72€ bis 75€ 75€ 78€ 84€ ab 30.300.00 € 112€ bis **√**139€ 126€ 132€ 118€ 124€ 122€ 130€ ab 32.700,00 € 142€ 158€ 156€ bis 162€ 160 € 166€ ab 35.100,00 € ab 36.300.00 bis 180€ ab 37.500.00 190€ ab 39.900.00 € 192€ bis 197€ 199€ 202€ 203€ 206€ 208€ 209€ 213 € bis 214€ 221€ 222€ 226€ 227 € 231 € 217€ 220€ 223€ bis 226€ 228€ bis 231€ 234€ 230€ 236€ 236€ 234 € 237€ bis 241€ 243€ bis 247€ 249€ ab 47 100 00 s 248€ 247€ 252€ bis ah 49 500 00 s 260€ 259€ bis 266€ 267€ 267€ 273€ 260€ 261 € bis bis 273€ ab 51.900,00 bis 274€ 274€ 281€ ab 54.300,00 € 273€ 275€ bis 281€ 282 € bis 288€ 289€ 277€ 282€ bis 284€ 289€ 291€ 283€ 285€ bis 290€ 292€ bis 296€ 299€ 291€ bis 294€ 297 € bis 301€ 295€ bis 299€ 302 € bis 306€ 292€ 309€ 297 € 298 € bis 304 € 305 € bis 311 € 313 € bis 318 € 320 € bis 324 € ab 60.300.00 € 302 € 301 € bis 309 € 309€ bis 316€ 323€ ab 61.500.00 € 317€ bis 307 € 304 € bis 314 € 312 € bis ab 63.900,00 € 300 € bis 312 € 308 € bis 319 € 316 € bis 326 € 324 € bis 333 € 332 € bis 339 € 322 € 316 € bis 329 € 324 € bis 336 € 332 € bis 343 € 340 € bis 349 € ab 68.700,00 € 316 € bis 332 € 324 € bis 339 € 332 € bis 346 € 340 € bis 353 € 348 € bis 359 €ab 71.100,00 € 324 € bis 342 € 332 € bis 349 € 340 € bis 356 € 348 € bis 363 € 356 € bis 369 € 352 € 340 € bis 359 € 348 € bis 366 € 356 € bis 373 € 364 € bis 379 €

ab 75.900,00 € 340 € bis 362 € 348 € bis 369 € 356 € bis 376 € 364 € bis 383 € 372 € bis 389 €

ab 78.300,00 € 348 € bis 372 € 356 € bis 379 € 364 € bis 386 € 372 € bis 393 € 380 € bis 399 €

ab 80.700.00 € 356 € bis 382 € 364 € bis 389 € 372 € bis 396 € 380 € bis 403 € 388 € bis 409 €

Staffelung nach dem Betreuungsumfang entsprechend § 1 KitaG

Sozialverträgliche Elternbeiträge im Einstieg in die Elternbeitragsstaffelung

Spannen zwischen welchen Elternbeiträgen sich der Elternbeitrag des Trägers in der entsprechenden Einkommensstufe bewegen sollte.

Bereich zur Festlegung des Höchstbeitrages und der obersten Einkommensgrenze

Altersstufe 3 Jahre bis Schuleintritt - Kindergarten:

Empfohlene Staffelung nach dem Jahresnettoeinkommen

Unterste Einkommensstufe nach KitaBBV

Geringe Steigerung der Elternbeiträge zur nächsten Stufe in diesem Bereich

1 Kind täglicher Betreuungsumfang Jahresnettobis 6 h bis 9 h bis 10 h einkommen Elternbeitrag Elternbeitrag Elternbeitrag Elternbeitrag Elternbeitrag monatlich monatlich monatlich monatlich monatlich unter 20.001,00 0€ 0€ 0€ 0€ 0€ 0€ 0€ 24€ 27€ 27€ 30€ 30€ 33€ 33€ 35€ 35€ 24€ ab 20.001,00 33€ 27€ 30€ 35€ 36€ 26€ bis 29€ 32€ 37€ 38€ ab 21.900,00 29€ 32€ 35€ 38€ bis 40€ ab 23.100,00 28€ bis 30€ bis 33€ 33€ 36€ 36€ bis 39€ 39€ bis 42€ 42€ bis 44€ ab 24.300,00 ab 25.500,00 ab 26.700,00 58€ 60€ 62€ bis 65 € bis ab 27.900,00 ab 29.100,00 80€ 83€ bis bis 89€ ab 30.300,00 ab 31.500.00 ab 32.700,00 € 107€ 103€ bis bis 112€ bis **√1**17€ 125€ ab 33.900,00 142€ 139€ ab 36.300,00 bis 164 € 153€ 152€ 156€ 155€ 159€ 158€ bis ab 37.500,00 163€ ab 38.700,00 163€ 170 € bis 172€ 173€ 166€ 167€ bis 169€ bis ab 39.900,00 178€ ab 41.100,00 ab 42.300.00 ab 43.500,00 191€ 193€ 195€ 196€ 199€ ab 44.700,00 ab 45.900,00 200€ 204€ 203€ 208€ 209€ 209€ 213€ 204€ 205€ ab 47.100,00 210€ 214€ 218€ ab 48.300,00 209€ ab 49.500,00 bis 213€ 215€ bis 218€ 219€ bis 222€ 223€ bis 219€ 224€ 223€ 228€ 227€ ab 50.700,00 235€ ab 51.900,00 226€ 225€ bis 231€ 229€ bis 234€ bis 232€ 232€ 237€ 236€ 241€ ab 53.100,00 ab 54.300,00 239€ 238€ bis 244€ 242€ bis 249€ 247€ 249€ 250€ 254 € 255€ ab 55.500.00 260€ 249€ 250€ bis 254€ 255€ 259€ bis ab 56.700,00 € 255€ 256€ 260€ bis 261 € 265 € ab 57.900,00 256€ 261€ 262€ 265€ ab 59.100,00 € bis 264€ bis 270 € 269 € ab 60.300,00 € 266€ bis 271 € 266 € bis 275€ 271€ 279€ ab 61.500,00 € 271 € 264 € bis 276 € 269 € bis 280 € 275 € bis 284 € 280 € bis 288 € ab 62.700.00 € ab 63.900,00€ 261 € bis 276 € 267 € bis 281 € 273 € bis 285 € 279 € bis 289 € 284 € bis 293 € 267 € bis 286 € 274 € bis 291 € 280 € bis 295 € 286 € bis 299 € 292 € bis 303 € ab 66.300,00 € ab 68.700,00 € 301 € 287 € bis 305 € 294 € bis 309 € 300 € bis 273 € bis 296 € 280 € bis 279 € bis 306 € 287 € bis 311 € 294 € bis 315 € 301 € bis 319 € 308 € bis 323 €ab 71.100,00 € 285 € bis 316 € 293 € bis 321 € 301 € bis 325 € 309 € bis 329 € 316 € bis ab 73.500,00 € ab 75.900.00€ 291 € bis 326 € 300 € bis 331 € 308 € bis 335 € 316 € bis 339 € 324 € bis 343 € 297 € bis 336 € 306 € bis 341 € 315 € bis 345 € 324 € bis 349 € 332 € bis 353 € ab 78.300,00€

ab 80.700,00 € 303 € bis 346 € 313 € bis 351 € 322 € bis 355 € 331 € bis 359 € 340 € bis 363 €

Staffelung nach dem Betreuungsumfang entsprechend § 1 KitaG

Sozialverträgliche Elternbeiträge im Einstieg in die Elternbeitragsstaffelung

Spannen zwischen welchen Elternbeiträgen sich der Elternbeitrag des Trägers in der entsprechenden Einkommensstufe bewegen sollte.

Bereich zur Festlegung des Höchstbeitrages und der obersten Einkommensgrenze

Empfohlene Staffelung nach der Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder:

1 Kind 100 %

5 Kinder

2 Kinder 80 % des Elternbeitrages von 1 Kind 3 Kinder 60 % des Elternbeitrages von 1 Kind 4 Kinder 40 % des Elternbeitrages von 1 Kind

20 % des Elternbeitrages von 1 Kind

elternbeitragsfrei

ab 6 Kinder

Altersstufe Grundschulalter – Hort:

Empfohlene Staffelung nach dem Jahresnettoeinkommen

Unterste Einkommensstufe nach KitaBBV

Geringe Steigerung der Elternbeiträge zur nächsten Stufe in diesem Bereich

		,								1 Kind							
	Jahre	esnetto-	täglicher Betreuungsumfang														
	einkommen		bis 4 h Elternbeitrag			bis 5 h Elternbeitrag			bis 6 h Elternbeitrag			bis 7 h Elternbeitrag			bis 8 h Elternbeitrag		
				monatlich		monatlich				nonatlich			monatlich			monatlich	
	unter	20.001,00 €	0€		0€	0€		0€	0€		0€	0€		0€	0€		0€
. 1	ab	20.001,00€	20€		20 €	22€		22 €	24€		24€	26€		26€	28€		28€
	ab	21.900,00 €	22€	bis	23€	24€	bis	25€	26€	bis	27€	28€	bis	29€	30€	bis	31€
	ab	23.100,00 €	24€	bis	25€	26€	bis	27 €	28€	bis	29€	30€	bis	31€	32€	bis	33€
П	ab	24.300,00 €	26€	bis	29€	28€	bis	31 €	30€	bis	33€	32€	bis	35€	34€	bis	37€
Ī	ab	25.500,00 €	31€	bis	33€	33€	bis	35 €	34€	bis	36€	35€	bis	37€	36€	bis	38€
	ab	26.700,00 €	35€	bis	39€	36€	bis	40€	37€	bis	41€	38€	bis	42€	39€	bis	43€
	ab	27.900,00 €	41€	bis	45€	42€	bis	46 €	43€	bis	47€	44€	bis	48€	45€	bis	49€
	ab	29.100,00 €	47€	bis	51€	48€	bis	52€	49€	bis	53€	50€	bis	54€	51€	bis	55€
	ab	30.300,00 €	54€	bis	58€	55€	bis	59 €	56€	bis	60€	57€	bis	61€	58€	bis	62€
	ab	31.500,00 €	60€	bis	64€	61€	bis	65€	62€	bis	66€	63€	bis	67€	64€	bis	68€
	ab	32.700,00 €	66€	bis	70 €	67€	bis	71 €	68€	bis	72€	69€	bis	73€	70€	bis	74€
	ab	33.900,00 €	72 €	bis	77 €	73€	bis	78€	74€	bis	79€	75€	bis	80€	76€	bis	81€
	ab	35.100,00 €	79€	bis	83 €	80€	bis	84 €	81€	bis	85€	82€	bis	86€	83€	bis	87€
		36.300,00 €	84€	bis	86€	85€	bis	87 €	86€	bis	88€	87€	bis	89€	88€	bis	90€
	ab		90€	bis	92€	91€	bis	93 €	92€	bis	94€	93€	bis	95€	94€	bis	96€
	ab	37.500,00 €										711					
	ab	38.700,00 €		bis	95€	95€	bis	97€	96€	bis	98€	97€	bis	99€	98€	bis	100 €
	ab	39.900,00 €	97€	bis	98€	99€	bis	100€	100€	bis	101€	101€	bis	102€	102€	bis	103€
	ab	41.100,00 €		bis	103€	103€	bis	105€	104€	bis	106€	105€	bis	107€	106€	bis	108€
	ab	42.300,00 €	105€	bis	106€	107€	bis	108€	108€	bis	109€	109€	bis	110€	110€	bis	111€
	ab	43.500,00 €	109€	bis	110€	111€	bis	112€	112€	bis	113€	113€	bis	114€	114€	bis	115€
	ab	44.700,00 €	113€	bis	116€	115€	bis	118€	116€	bis	119€	118€	bis	120€	119€	bis	121 €
	ab	45.900,00 €	117€	bis	119€	119€	bis	121€	120€	bis	122€	121€	bis	124€	122€	bis	125€
	ab	47.100,00 €	120€	bis	123€	122€	bis	125€	123€	bis	126€	125€	bis	128€	126€	bis	129€
	ab	48.300,00€	124€	bis	126€	126€	bis	128€	127€	bis	129€	129€	bis	131€	130€	bis	132€
	ab	49.500,00€	127€	bis	130€	129€	bis	132€	130€	bis	133€	132€	bis	135€	133€	bis	136 €
	ab	50.700,00€	131€	bis	134€	133€	bis	136 €	134€	bis	138€	136€	bis	140€	137€	bis	141 €
	ab	51.900,00€	135€	bis	138€	137€	bis	140 €	139€	bis	141€	141€	bis	143€	142€	bis	144 €
	ab	53.100,00 €	139€	bis	142€	141€	bis	144€	142€	bis	146€	144€	bis	148€	145€	bis	149€
	ab	54.300,00 €	143€	bis	146€	145€	bis	148€	147€	bis	150€	149€	bis	152€	150€	bis	153 €
	ab	55.500,00 €	147€	bis	151€	149€	bis	153€	151€	bis	155€	153€	bis	157€	154€	bis	159€
	ab	56.700,00€	152€	bis	156€	154€	bis	158€	156€	bis	160€	158€	bis	162€	160€	bis	164 €
	ab	57.900,00€	157€	bis	162€	159€	bis	164€	161€	bis	166€	163€	bis	168€	165€	bis	169€
	ab	59.100,00€	163€	bis	169€	165€	bis	171€	167€	bis	172€	169€	bis	174€	170€	bis	175€
>	ab	60.300,00 €		bis	176€	170€	bis	178€	172€	bis	180€	174€	bis	182€	175€	bis	183 €
	ab	61.500,00€		bis	183€	176€	bis	186€	178€	bis	188€	180€	bis	190€	182€	bis	192 €
	ab	62.700,00 €		bis	190€	183€	bis	193€	185€	bis	195€	187€	bis	197€	189€	bis	199 €
f	ab	63.900,00€	186€	bis	197€	189€	bis	200€	191 €	bis	202€	194€	bis	205€	196€	bis	207€
	ab	65.100,00€	192€	bis	204€	195€	bis	207€	198€	bis	210€	201€	bis	213€	203€	bis	215€
	ab	66.300,00€	198€	bis	211€	201€	bis	214€	204€	bis	217€	207€	bis	220€	210€	bis	223€
	ab	67.500,00€	204€	bis	218€	208€	bis	222€	211€	bis	225€	214€	bis	228€	217€	bis	231€
4	ab	68.700,00€	210€	bis	225€	214€	bis	229€	217€	bis	232€	221€	bis	236 €	224€	bis	239€
	ab	69.900,00€	216€	bis	232€	220€	bis	236€	224€	bis	240€	228€	bis	244€	231€	bis	247€
	ab	71.100,00€	222€	bis	239€	226€	bis	243€	230€	bis	247€	234 €	bis	251 €	238€	bis	255€
	ab	72.300,00 €	228€	bis	246€	233 €	bis	251 €	237€	bis	255€	241€	bis	259 €	245€	bis	263€
	ab	73.500,00€	234€	bis	253€	239€	bis	258€	243€	bis	262€	248€	bis	267€	252€	bis	271€
	ab	74.700,00€	240€	bis	260 €	245€	bis	265€	250€	bis	270€	255€	bis	275€	259€	bis	279€
	ab	75.900,00€	246€	bis	267 €	251 €	bis	272€	256€	bis	277€	261 €	bis	282€	266€	bis	287€
	ab	77.100,00€	252€	bis	274€	258 €	bis	280 €	263€	bis	285€	268€	bis	290 €	273€	bis	295€
		78.300,00€	258€	bis	281€	264 €	bis	287 €	269€	bis	292€	275€	bis	298 €	280€	bis	303€
Ą	ab	79.500,00 €	264€	bis	288€	270€	bis	294 €	276€	bis	300€	282€	bis	306 €	287€	bis	311€
		80.700,00 €		bis	295€	276€	bis	301€	282€	bis	307€	288 €	bis	313€	294€	bis	319€
ı	au	00.700,00€	2100	טוט	200 0	2100	טוט	0016	202 (NIO.	001 6	200 €	טוט	0100	2010	טוט	0100

Staffelung nach dem Betreuungsumfang entsprechend § 1 KitaG

Sozialverträgliche Elternbeiträge im Einstieg in die Elternbeitragsstaffelung

Spannen zwischen welchen Elternbeiträgen sich der Elternbeitrag des Trägers in der entsprechenden Einkommensstufe bewegen sollte.

Bereich zur Festlegung des Höchstbeitrages und der obersten Einkommensgrenze

Empfohlene Staffelung nach der Zahl der unterhaltsberechtigten Kinder:

1 Kind 100 %

2 Kinder 80 % des Elternbeitrages von 1 Kind 3 Kinder 60 % des Elternbeitrages von 1 Kind 4 Kinder 40 % des Elternbeitrages von 1 Kind 5 Kinder 20 % des Elternbeitrages von 1 Kind

ab 6 Kinder elternbeitragsfrei

Empfehlungen zur Gestaltung einer Elternbeitragsordnung (Textteil)

Rechtsgrundlagen

- § 90 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe) in der Fassung und Bekanntmachung vom 11.09.2012 (BGBl. I S. 2022), in der aktuell gültigen Fassung
- §§ 1, 2, 12, 17ff., 18, 22 und 23 des Kindertagesstättengesetzes Brandenburg in der Fassung der Bekanntmachung des Zweiten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches des Sozialgesetzbuches Kinder- und Jugendhilfe Kindertagesstättengesetz (KitaG) vom 27.06.2004 (GVBI. I S. 384), in der aktuell gültigen Fassung
- §§ 67 ff. Zehntes Buch Sozialgesetzbuch Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz (SGB X, 2. Kapitel) in der Fassung und Bekanntmachung vom 18.01.2001 (BGBI. I S. 130) in der aktuell gültigen Fassung
- Gesetz zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung (Gute-Kita-Gesetz) des Bundes vom 19.12.2018
- Kita-Beitragsbefreiungsverordnung (KitaBBV) des Landes Brandenburg vom 16.08.2019 (GVBI. II/19, Nr.61), in der aktuell gültigen Fassung

Punkt 1 – Erhebungsgrundsatz

- (1) Der Träger "Name des Trägers" betreibt Kindertagesstätten als öffentliche Einrichtungen innerhalb der Stadt Cottbus/Chóśebuz.
- (2) Als Beitrag zu den Betriebskosten der Kindertagesstätten werden für die vertraglich vereinbarte Benutzung Elternbeiträge nach dieser Elternbeitragsordnung im Sinne des § 17 Absatz 1 KitaG erhoben. Die Elternbeiträge beziehen sich auf alle mit der Bildung, Erziehung, Betreuung und Versorgung des Kindes verbundenen Leistungen.

Die Elternbeiträge werden nach folgenden Altersgruppen differenziert erhoben:

Krippe Kinder bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres

Kindergarten Kinder vom vollendeten 3. Lebensjahr bis zum Schuleintritt

Hort Kinder im Grundschulalter

(3) Das Kita-Jahr beginnt gemäß § 2 Absatz 4 KitaG am 1. August eines Jahres und endet am 31. Juli des darauffolgenden Jahres.

Punkt 2 - Elternbeitragspflichtige

- (1) Die elternbeitragspflichtige Person übt die Personensorge für das betreute Kind aus und lebt mit diesem in einem gemeinsamen Haushalt. Leben mehrere Personensorgeberechtigte mit dem Kind in einem Haushalt, sind sie Gesamtschuldende.
- (2) Personensorgeberechtigt ist, wem allein oder gemeinsam mit einer anderen Person nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches die Personensorge zusteht.

Punkt 3 – Entstehen und Fälligkeit des Elternbeitrages

- (1) Die Elternbeitragsschuld entsteht mit der vertraglich vereinbarten Aufnahme eines Kindes in die Kindertagesstätte.
- (2) Bei erstmaliger Aufnahme von Kindern bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres kann eine Eingewöhnungszeit an maximal 10 Betreuungstagen von bis zu 6 Stunden täglich bei zeitweiliger Anwesenheit der Eltern vereinbart werden. Für die Eingewöhnung wird kein Elternbeitrag erhoben.

- (3) Der Elternbeitrag wird grundsätzlich für die Dauer des Kita-Jahres festgesetzt und wird im Voraus zum 01. eines jeden Kalendermonats fällig.
- (4) Beginnt oder endet in Ausnahmefällen das vertraglich vereinbarte Betreuungsverhältnis innerhalb eines Monats, wird ein anteiliger Elternbeitrag erhoben. Bei der Berechnung des anteiligen Betrages wird der Monat zu 20 Tagen gerechnet.
- (5) Die Elternbeitragspflicht für den durch das angemeldete Kind belegten Betreuungsplatz besteht unabhängig davon, ob die Kindertagesstätte besucht wird.
- (6) Muss innerhalb eines Monats eine Änderung der Betreuungszeit vereinbart werden, weil sich der Rechtsanspruch ändert, wird der entsprechend höhere oder niedrigere Elternbeitrag mit Beginn des Folgemonats wirksam.
- (7) Endet das Betreuungsverhältnis vor Ablauf des Kita-Jahres, entfallen die übrigen Teilbeträge. Die Kündigung durch die Personensorgeberechtigten ist schriftlich und unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat zum Monatsende zulässig.

Punkt 4 – Höhe des Elternbeitrages

- (1) Die Höhe des Elternbeitrages richtet sich gemäß § 17 Absatz 2 Satz 1 KitaG nach dem vertraglich vereinbarten Maß der Inanspruchnahme der Kindertagesstätte, der Anzahl der unterhaltsberechtigten Kinder im Haushalt sowie dem Nettoeinkommen des vorangegangenen Kalenderjahres der Eltern, welche mit dem Kind in einem gemeinsamen Haushalt leben. Der maßgebliche Elternbeitrag ist der Tabelle zu entnehmen.
- (2) Unterhaltsberechtigt im Sinne dieser Elternbeitragsordnung sind alle Kinder, für die Kindergeld bezogen wird. Bei unterhaltsberechtigten Kindern, die das 18. Lebensjahr vollendet haben oder im laufenden Kita-Jahr vollenden werden und noch im Haushalt der Eltern leben, ist die Unterhaltsberechtigung an Hand von aktuellen Nachweisen des Kindergeldbezuges glaubhaft zu machen. Für unterhaltsberechtigte Kinder ab dem vollendeten 18. Lebensjahr, die nicht mehr im elterlichen Haushalt leben, kann Absatz 9 zutreffend sein.
- (3) Einkommen im Sinne dieser Elternbeitragsordnung ist die Summe aller positiven Einkünfte und steuerfreien Einnahmen der Eltern abzüglich der Werbungskosten bzw. der Betriebsausgaben, der Einkommen- bzw. Lohnsteuer, der Kirchensteuer, des Solidaritätszuschlags¹ sowie der Beiträge zur Sozialversicherung (Jahresnettoeinkommen). Dazu zählen auch erzielte Einkünfte aus dem Ausland.
- (4) Die in Abzug zu bringende Werbungskostenpauschale richtet sich nach dem Einkommensteuergesetz in der aktuell gültigen Fassung. Höhere Werbungskosten finden anhand des Einkommensteuerbescheides des betreffenden Jahres Berücksichtigung. Liegt der Einkommensteuerbescheid noch nicht vor, kann vorläufig von einer Schätzung ausgegangen werden.
- (5) Das Jahresnettoeinkommen bei nichtselbständiger Tätigkeit setzt sich aus dem Jahresbruttoeinkommen, inklusive Sonderzahlungen (z.B. Weihnachts- und Urlaubsgeld, Prämien), abzüglich Lohn- und Kirchensteuer, Solidaritätszuschlag¹ und Arbeitnehmeranteil der Beiträge zur Sozialversicherung, zusammen. Dieses Einkommen ist durch die Lohnsteuerbescheinigung/-en, den Einkommensteuerbescheid und/oder vollständige Lohnund Gehaltsnachweise nachzuweisen.

¹ Solidaritätszuschlag wird nur bis einschließlich 31.12.2020 berücksichtigt, da dieser ab 01.01.2021 weggefallen ist.

- (6) Bei Einkünften **aus selbständiger Tätigkeit** ergibt sich das Jahresnettoeinkommen aus der Summe der positiven Einkünfte (Einnahmen abzüglich Betriebsausgaben) abzüglich Einkommen- und Kirchensteuer sowie dem Solidaritätszuschlag¹ und abzüglich der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung und den Aufwendungen für die Altersvorsorge, jedoch maximal bis zur jeweils geltenden Beitragsbemessungsgrenze. Dieses Einkommen ist vorrangig durch den Einkommensteuerbescheid nachzuweisen. Für die vorläufige Festsetzung des Elternbeitrages kann von einer Einkommenselbsteinschätzung ausgegangen werden.
- (7) Einkünfte, welche weder aus selbstständiger noch aus nichtselbständiger Tätigkeit erlangt werden, sind sonstige Einnahmen. Dazu zählen alle Einnahmen, die steuerpflichtig und/oder steuerfrei sind und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen.

Sonstige Einnahmen sind u.a.:

- Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit
- Einkünfte aus Kapitalvermögen
- Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
- wegen Geringfügigkeit vom Arbeitgeber pauschal versteuerte Einkommen
- Pensionen und Renten für Eltern (z. B. Halbwaisen- und Waisenrente, Witwenrente, Berufsunfähigkeits- und Erwerbsunfähigkeitsrente)
- Unterhaltsleistungen für Eltern (z. B. Ehegattenunterhalt, Trennungsunterhalt, Betreuungsunterhalt, freiwillige Unterhaltszahlungen)
- Unterhalt, Unterhaltsvorschussleistungen des zu betreuenden Kindes
- Einnahmen nach dem SGB III Arbeitsförderung (z. B. Arbeitslosengeld I, Gründungszuschuss, Übergangsgeld, Kurzarbeitergeld, Insolvenzgeld, Ausbildungsgeld, Berufsausbildungsbeihilfe)
- sonstige Leistungen nach anderen Sozialgesetzen: Krankengeld, Kinderpflegekrankengeld, Mutterschaftsgeld, Übergangsgeld, Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz, dem Beamtenversorgungsgesetz, Wehrsoldgesetz
- Elterngeld nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) unter Berücksichtigung des § 10 BEEG
- (9) Eine Minderung des Einkommens erfolgt durch nachgewiesene Unterhaltszahlungen zur Erfüllung der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtung.
- (10) Es erfolgt keine Verrechnung von positiven Einkünften mit Verlusten.
- (11) Steht eine Person der Lebensgemeinschaft bzw. Ehe in keiner kindschaftsrechtlichen Beziehung zu dem zu betreuenden Kind, so bleibt dieses Einkommen unberücksichtigt.
- (12) Bei Verringerung des Einkommens gegenüber dem zu Grunde zu legendem Kalenderjahr besteht die Möglichkeit die Einkünfte des aktuellen Kalenderjahres einzureichen. Dieses zeigen die Eltern vorrangig bei der "Erklärung zum Einkommen" für das jeweilige Kita-Jahr an.
- (13) Jede Veränderung der familiären Verhältnisse ist dem Einrichtungsträger unaufgefordert und zeitnah mitzuteilen.

Dies gilt grundsätzlich bei:

- Eheschließung der Eltern
- Bildung eines gemeinsamen Haushaltes der Eltern
- Trennung und/oder Scheidung der Eltern mit einhergehender räumlicher Trennung
- Ausübung des Wechselmodells bei getrenntlebenden Personensorgeberechtigten

¹ Solidaritätszuschlag wird nur bis einschließlich 31.12.2020 berücksichtigt, da dieser ab 01.01.2021 weggefallen ist.

- Todesfall eines Elternteils oder Geschwisterkindes
- Geburt eines weiteren im Haushalt lebenden Kindes
- Auszug eines Geschwisterkindes
- Ende des Kindergeldbezuges bei volljährigen Geschwisterkindern
- Adoption
- Änderung der Vormundschaft und des Sorgerechts

In den vorgenannten Fällen wird innerhalb eines Kita-Jahres der Elternbeitrag neu festgesetzt. Der Elternbeitrag wird insbesondere bei Erhöhung des Einkommens der Eltern rückwirkend ab dem Zeitpunkt der Veränderung und bei Verringerung des Einkommens ab Bekanntgabe in schriftlicher Form für den laufenden Monat festgesetzt. Gleiche Regelungen treffen bei der Überprüfung von Seiten des Trägers auf den Einzelfall zu.

- (14) Jede Veränderung der finanziellen Verhältnisse ist dem Einrichtungsträger unaufgefordert und zeitnah mitzuteilen. Dies gilt grundsätzlich bei Verringerung und Erhöhung des Einkommens im aktuellen Kalenderjahr. Der Elternbeitrag wird bei Erhöhung des Einkommens der Eltern rückwirkend ab dem Zeitpunkt der Veränderung und bei Verringerung des Einkommens ab Bekanntgabe in schriftlicher Form für den laufenden Monat neu festgesetzt.
- (15) Werden nach Aufforderung keine oder unvollständige Einkommensnachweise vorgelegt, so wird der jeweils ausgewiesene Höchstbeitrag nach der entsprechenden Elternbeitragstabelle festgesetzt.
- (16) Überschreitet das Jahresnettoeinkommen der Eltern die Einkommenshöchstgrenze, so kann auf die Vorlage der Einkommensnachweise verzichtet werden, wenn dies vorher schriftlich angezeigt worden ist. Der Höchstbeitrag wird damit auf Antrag festgesetzt.
- (17) Wird eine höhere Betreuungszeit als im aktuell gültigen Bescheid zum Rechtsanspruch genutzt, ist je angefangene Betreuungsstunde eine Pauschale in Höhe von XX,00 Euro zu entrichten. Die entstehenden Kosten werden mit dem Elternbeitrag erhoben. Es ergeht eine gesonderte Mitteilung.
- (18) Für die zeitweise Betreuung kann ein Kind als Gastkind in die Kindertagesstätte aufgenommen werden. Gastkinder sind Kinder für die kein regulärer Betreuungsvertrag abgeschlossen wird und die sich z. B. wegen Krankheit der Eltern, aus kurzzeitigen beruflichen Gründen der Eltern oder Ferien bei Verwandten oder während eines Krankenhausaufenthaltes oder der Kur der Erziehungsberechtigten an einem anderen Ort aufhalten. Es handelt sich um einen zeitweiligen Besuch einer Kindertageseinrichtung.

Der Elternbeitrag wird differenziert nach Altersgruppen und mit einem Tagessatz erhoben:

Kinderkrippe: bis 6 Stunden XX,00 Euro über 6 Stunden XX,00 €, Kindergarten: bis 6 Stunden XX,00 Euro über 6 Stunden XX,00 €, bis 4 Stunden XX,00 Euro über 4 Stunden XX,00 €.

Punkt 5 – Erhebung des Elternbeitrages im Falle eines Wechselmodells

- (1) Leben die personensorgeberechtigten Eltern eines Kindes getrennt und betreuen das Kind abwechselnd in ihren Haushalten (Wechselmodell), werden die personensorgeberechtigten Eltern gesondert zur Elternbeitragsberechnung herangezogen.
- (2) Der monatliche Elternbeitrag wird anhand des Jahresnettoeinkommens des jeweiligen Personensorgeberechtigten, dem vertraglich vereinbarten Betreuungsumfang sowie der Anzahl der unterhaltsberechtigten Kinder erhoben. Die Festsetzung des Elternbeitrages erfolgt anteilig nach dem Betreuungsverhältnis des Wechselmodells der personensorgeberechtigten Eltern.

Punkt 6 – Erhebung des Elternbeitrages in sonstigen Fällen

(1) Für Kinder aus Pflegefamilien, Heimen und sonstigen betreuten Wohnformen (§§ 33 und 34 SGB VIII) übernimmt gemäß § 17 Absatz 1 KitaG der für die Gewährung dieser Hilfe zur Erziehung zuständige örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe die Elternbeiträge in Höhe des Durchschnitts der Elternbeiträge des Trägers-

in der Krippe:

tägliche Betreuungszeit bis zu 6 Stunden:	XX,00 €/Monat (Tagessatz X,XX €)
tägliche Betreuungszeit bis zu 7 Stunden:	XX,00 €/Monat (Tagessatz X,XX €)
tägliche Betreuungszeit bis zu 8 Stunden:	XX,00 €/Monat (Tagessatz X,XX €)
tägliche Betreuungszeit bis zu 9 Stunden:	XX,00 €/Monat (Tagessatz X,XX €)
tägliche Betreuungszeit bis zu 10 Stunden:	XX,00 €/Monat (Tagessatz X,XX €)

im Kindergarten:

tägliche Betreuungszeit bis zu 6 Stunden:	XX,00 €/Monat (Tagessatz X,XX €)
tägliche Betreuungszeit bis zu 7 Stunden:	XX,00 €/Monat (Tagessatz X,XX €)
tägliche Betreuungszeit bis zu 8 Stunden:	XX,00 €/Monat (Tagessatz X,XX €)
tägliche Betreuungszeit bis zu 9 Stunden:	XX,00 €/Monat (Tagessatz X,XX €)
tägliche Betreuungszeit bis zu 10 Stunden:	XX,00 €/Monat (Tagessatz X,XX €)

im Hort:

tägliche Betreuungszeit bis zu 6 Stunden:	XX,00 €/Monat (Tagessatz X,XX €)
tägliche Betreuungszeit bis zu 7 Stunden:	XX,00 €/Monat (Tagessatz X,XX €)
tägliche Betreuungszeit bis zu 8 Stunden:	XX,00 €/Monat (Tagessatz X,XX €)
tägliche Betreuungszeit bis zu 9 Stunden:	XX,00 €/Monat (Tagessatz X,XX €)
tägliche Betreuungszeit bis zu 10 Stunden:	XX,00 €/Monat (Tagessatz X,XX €)

(2) Im Falle einer Amtsvormundschaft oder gesetzlich übertragenen Vormundschaft mit einhergehender Personensorge für das betreute Kind wird kein Elternbeitrag erhoben. Diese Personen gelten lediglich als Vertragspartner jedoch nicht als Eltern im Sinne des BGB.

Punkt 7 – Festsetzung des Elternbeitrages

- (1) Der Kostenbeitrag für den Besuch der Kindertagesstätte wird für die Dauer eines Kita-Jahres per Mitteilung festgesetzt.
- (2) Können Nachweise nicht vollständig erbracht werden, da diese noch nicht vorliegen, erhalten die Personensorgeberechtigten eine vorläufige Mitteilung über die Festsetzung des Elternbeitrages. Dieser wird nach unaufgeforderter Glaubhaftmachung des tatsächlichen Einkommens durch eine endgültige Mitteilung ersetzt.

Punkt 8 – Befreiung von Elternbeiträgen

- (1) Gegenüber Personensorgeberechtigten, denen ein Elternbeitrag nach § 90 Absatz 4 SGB VIII i.V.m. § 2 Absatz 1 KitaBBV nicht zu zumuten ist, wird kein Elternbeitrag erhoben. Das ist der Fall wenn Eltern oder Kinder
 - Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II,
 - Leistungen nach dem dritten oder vierten Kapitel des SGB XII oder
 - Leistungen nach den §§ 2 und 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) erhalten

oder die Eltern des Kindes

- Kinderzuschlag gemäß § 6a des BKGG oder
- Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz (WoGG)

beziehen. Hierfür sind die Leistungsbescheide des aktuellen Kalenderjahres einzureichen.

(2) Besucht ein Kind im letzten Kita-Jahr vor der Einschulung eine Kindertagesstätte des Trägers, wird gemäß § 17a KitaG kein Elternbeitrag erhoben. Wird das Kind vom Schulbesuch zurückgestellt, so gilt die Elternbeitragsbefreiung fort.

Punkt 9 - Erlass des Elternbeitrages

(1) Der im Einzelfall festgesetzte Elternbeitrag kann auf Antrag ganz oder teilweise durch den Einrichtungsträger erlassen werden, wenn die Erhebung des vollen Kostenbeitrages unbillig wäre. Über den Antrag entscheidet der Träger der Einrichtung nach pflichtgemäßem Ermessen.

Punkt 10 – Auskunftspflichten und Datenschutz

- (1) Die Eltern haben auf Verlangen des Trägers schriftlich das zur Bemessung des Elternbeitrages maßgebliche Einkommen im Sinne dieser Elternbeitragsordnung anzugeben und nachzuweisen.
- (2) Im Übrigen sind die Elternbeitragsschuldenden verpflichtet dem Einrichtungsträger alle Auskünfte zu erteilen, die im Rahmen des Schuldverhältnisses von Bedeutung sind.
- (3) Die Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Träger der Einrichtung ist zulässig, soweit es zur Erfüllung der Aufgaben zur Festsetzung und Erhebung der Elternbeiträge erforderlich ist. Rechtsgrundlage für den Umgang mit den erhobenen Daten ist das Zweite Kapitel des SGB X (Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz) und die damit im Zusammenhang stehenden Gesetze und Verordnungen.

Punkt 11 – Inkrafttreten

(1) Diese Elternbeitragsordnung tritt am XX.XX.20XX in Kraft.

Stand: 27.09.2021